

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Lebensversicherung
Beitrag für Angewandte aus Aus und
Umgebung 400 Mark, monatliche
Beitrag 400 Mark, amtliche Seite
1000 Mark, Kassen-Beitrag 1000
Mark. — Bei größeren Beiträgen
entsprechender Rabatt.

Die Anzeigen nehmen die Redaktion
für die Anzeigen die Besondere
Anzeigen. — Einmal wöchentlich.
Preis: 10 Pfennig Nr. 23.

Telegramme: Angebl. Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 140

Dienstag, den 19. Juni 1923

18. Jahrgang

Geldentwertung und Reichseinkünfte.

Im Reichstag und auch in den Landtagen der deutschen Länder ist in den letzten Tagen wieder einmal besonders dringend gefordert worden, die Einkünfte der öffentlichen Organe möchten schneller und wirksamer der Geldentwertung angepaßt werden. Diese Forderungen pflegen in Zeiten steigenden Dollarkurses besonders lebhaft hervorgetreten. Wenn nach dem Geldstand des Steuerjahres 1. April 1922 bis 31. März 1923 vierteljährliche Vorauszahlungen an Einkommensteuer erfolgen, so bedeutet das bei dem gegenwärtigen Stand der Geldentwertung nicht einmal 10 Prozent dessen, was der durchschnittlichen Steigerung des Einkommens entspricht. Eine Ausnahme hiervon machen natürlich die auf feste Renteneinkünfte angewiesenen Schichten unseres Volkes. Für diejenigen, welche auf festes Arbeitseinkommen gestellt sind, und denen allwöchentlich oder monatlich der 10 prozentige Abzug gemacht wird, bringt die zunehmende Geldentwertung keinen Vorteil in steuerlicher Hinsicht. Überall dort aber, wo das Einkommen nachträglich berechnet und versteuert wird, bedeutet die Festsetzung der vierteljährlichen Steuerbeträge nach dem Stand des Vorjahres große Valutagenwinne.

Anfang Juli verlautete, das Reichsfinanzministerium wolle die Steuerlichen Vorauszahlungen auf das Mehrfache des gegenwärtigen Standes erhöhen. Diese Maßnahme ist grundsätzlich zu begrüßen. Es wird allerdings auch Fälle geben, in denen eine allgemeine Verzehnfachung der Vorschüsse eine schwere Belastung, ja eine Überbelastung bedeutet. Der Grund hierfür ist die deutlich absteigende Konjunktur, die in wachsenden Erwerbslosenzahlen und in einem Abflauen des Warenabflusses in In- und Ausland zum Ausdruck kommt.

Schon vor Jahren ist auf das schwere Dilemma hingewiesen worden, in welchem sich unsere öffentlichen Finanzen befinden: In Zeiten sinkenden Geldwertes sinken die öffentlichen Einkünfte hinter den stark steigenden Aufwendungen hinterher. Wird jedoch ein Eintrag zwischen der steuerlichen Belastung und der Geldentwertung erzielt, so tritt die Gefahr der wirtschaftlichen Stagnation und damit des Rückganges der Realeinkünfte ein.

Die Notwendigkeit, die Reichseinkünfte der Geldentwertung anzupassen, hat aber nicht nur eine finanzpolitische, sondern auch eine für die Innen- und Außenpolitik bedeutsame psychologische Seite. Gerade jetzt, wo das deutsche Rentenniveau weiter verelendet und dazu noch ein großer Prozentsatz der Arbeitnehmerschaft in schwere Not verdrängt ist, es besonders wichtig, Vorkehrungen zu treffen, daß der Volk und das gesicherte Einkommen keine ungerechtfertigte Bevorzugung genießen. Nicht minder wichtig ist es, dem Auslande zu beweisen, daß wir die Steuerkräfte unseres Volkes vollständig ausnützen. Die internationale Finanz, die für die Lösung des Reparationsproblems gewonnen werden muß, wird sich unseren Vorschlägen nur dann geneigt zeigen, wenn wir den Eindruck starker finanzieller Opferbereitschaft und Reformfähigkeit zu erwecken verstehen. Die düstere Prognose, daß der Dollarkurs sehr bald die 100 000-Mark-Grenze hinter sich gelassen haben wird, hat sich ja leider erfüllt. Eine Lösung des Reparationsproblems und damit die Voraussetzungen für die Stabilisierung des Marktkurses ist kaum vor dem Herbst dieses Jahres zu erwarten. Je schneller die Reichsregierung Mittel und Wege findet, um alle wesentlichen Einnahmequellen der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen, umso besser für die Reichsfinanzen und die Aussicht, daß es bald zu einer Verteilung der Weltfinanz an der Sanierung Deutschlands kommt. Selbst wenn durch die Verbilligung der Vorauszahlungen in Einzelfällen Ungerechtigkeiten und Härten eintreten sollten, so darf uns das doch nicht vor der Durchführung des hier geforderten zurückschrecken. Eine schnelle und entgegenkommende Erleichterung entsprechender Gesetze wird es ermöglichen, Existenzen, die ihr Einkommen nicht entsprechend der Geldentwertung vermehren konnten, vor dem Ruin zu bewahren.

Die Mark.

Untersuchung der Regierung.

Wort: „Und niemand hat's gelesen...“

Vor dem Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes erklärte Staatskommissar Dipbert, bestimmte größere Kreise hätten seiner Ansicht nach an der Wirt. keinen besonderen Einfluß auf die Devisenkurse aus. Abgesehen von einer gewissen Nervosität, handelte es sich bei dem Kurserfolg der Mark an der Wirt. vielmehr um die natürliche Rückwirkung gegen die vorhergegangene Entwicklung und gegen das zeitweise Abgeben von Devisen durch die deutsche Wirtschaft. Bereits Ende Februar habe der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln nachgelassen, und hat die Reichsbank an einzelnen Tagen sogar Devisen aufgenommen. Gerade in dieser Zeit hätten die Industriellen Kassadevisen abgegeben und gegen Termindvisen Mai und Juni getauscht, weil sie sich im Februar noch unbedingt Geld beschaffen mußten. So habe sich der Kassadevisenstand in Handel und Industrie bereits im Februar wesentlich verringert. Auch im März habe die Reichsbank zum Teil Devisen aus dem Berliner Devisenmarkt herausziehen können. Ebenso hätten die Verhältnisse in den ersten Apriltagen gelegen.

Vom rein börsennotierten Standpunkt aus sei es daher nicht verwunderlich, daß eine gewisse Unruhe („gewisse“ Unruhe, das ist gut!) an der Devisenbörse entstanden sei. Zunächst sei das am 29. März nach Bekanntwerden des schlechten Ergebnisses der Reichsbank auf die Dollarkursanweisungen der Fall gewesen, noch viel mehr aber am 3. und 4. April, als allmählich die starken Inflationsziffern, der gesteigerte Notenumlauf und die Vergrößerung der Reichsschuld bekannt geworden seien. Kritisch wurden die Verhältnisse schon am 13. und 14. April, als Zweifel entstanden seien, ob eine weitere Aufkantung des Marksturzes möglich sei. Eine starke Nachfrage nach Devisen habe sich am 17. und 18. April gezeigt wegen der ungünstigen Aufnahme, welche die Reichstagsrede des Ministers des Innern Dr. von Rosenberg in Frankreich gemacht habe.

Der Staatskommissar erklärte ferner, ein großer Teil der Devisenverkäufe werde jetzt durch gegenseitigen Verkehr der einzelnen Großbanken direkt erledigt. Auf die Haltung der Börse sei ein größerer Einfluß durch diese Geschäfte nicht ausgeübt worden. Die Zahl der Börsenbesucher habe sich gegen früher sehr gesteigert. Viele Anwesende von Großbanken hätten sich selbständig gemacht (aha!) und ihre Zulassung zur Börse erreicht. Auch Ausländer seien in großem Umfange an der Börse. Bei der Ausschließung müsse man vorsichtig sein, um die Bildung wilder Börsen nicht zu begünstigen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß im besetzten Gebiet ungeheure Mengen ausländischer Wä. gebandelt werden. Dieser wilde Handel führe zu einer weiteren Steigerung der Kurse ausländischer Währungen.

Der Leiter der Devisenbeschaffungsstelle, Geheimrat Dr. Gleimius, machte Mitteilungen über die Abgaben der Reichsbank an 15 Großbanken vom 1. März bis 8. Juni. Es handelt sich im ganzen um 80 Millionen Dollars, alle fremden Devisen auf den Dollarkurs umgerechnet. Die Banken seien nicht selbst als Käufer aufgetreten, sondern hätten die Devisen weiterverkauft. An Hand der Angaben von 14 Großbanken habe die Devisenbeschaffungsstelle festgestellt, daß 10 Prozent der verkauften Devisen bei Handel und Industrie, 9 Prozent bei Berliner Banken, 23 Prozent in den eigenen Filialen im unbesetzten Gebiet, 21 Prozent bei den Banken im besetzten Gebiet, 27 Prozent bei den eigenen Filialen und in den Banken im besetzten Gebiet und 11 Prozent im Ausland geblieben seien.

Diese Zahlen betreffen nur die Angaben der Reichsbank an der Berliner Börse, nicht aber die starken Verkäufe und Käufe im Ausland und nicht die Devisenbeträge, welche die Reichsbank dem Reichswirtschaftsministerium den Borswart, daß es den größeren Firmen gegenüber die Kontrolle der Durchführung der Devisenverordnung zu lax gehandhabt habe. Staatssekretär Trendelenburg erklärte, das Reichswirtschaftsministerium habe alles getan, um die Kontrolle wirksam zu gestalten.

Das Zentrum und die Gewerkschaften bei der Regierung.

Vertreter des Zentrums unter Führung des früheren Postministers Giesberts waren beim Reichsfinanzminister, um ihm den Wunsch der Parteien nach einer noch-maligen Markstabilisierung zu unterbreiten, wenn schwere innerpolitische Gefahren vermieden werden sollen. Vertreter der Gewerkschaften waren ebenfalls beim Reichszentralrat, die ihm das gleiche Verlangen in dringlichster Weise bekanntgaben und den Kanzler auf die unabwendbaren revolutionären Unruhen hinwiesen, wenn die Markentwertung sich fortsetze.

Immer wieder „unternommene Schritte“.

Wie verlautet hat die Reichsregierung durch die Botschafter in London und Newyork bestimmte Schritte unternommen, die wieder für eine internationale Finanzhilfe für Deutschland Anregung geben sollen. Die Newyork sich aufhaltende deutsche Bankierkommission unter Führung eines Frankfurter Großbankiers hat am Freitag die Rückreise nach Deutschland angetreten.

Der Schrei nach dem Abgezogen.

Am 2. d. M. haben die Gewerkschaften an den Reichstagsrat ein Schreiben gerichtet, in welchem auf die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft hingewiesen und betont wird, daß Schritte zur Vinderung der Notlage unternommen werden müßten.

Am 11. d. M. wurden zwischen Gewerkschaftsvertretern und dem Reichsarbeitsministerium die mit der gegenwärtigen Teuerung zusammenhängenden Fragen in einer Besprechung erörtert. Auch wurde zu dem Problem Stellung genommen, das innerhalb der gewerkschaftlichen Kreise den Hauptbera- tungsgegenstand bildet, nämlich zur Schaffung eines wertebeständigen Lohnes.

In Gewerkschaftskreisen erklärt man es unbedingt für notwendig, durch Schaffung eines Reallohnes der zunehmenden

Geldentwertung entgegenzuwirken, um der Arbeiterschaft auf diese Weise ein Existenzminimum zu schaffen. Auf welche Weise das Ziel erreicht werden soll, steht noch nicht fest. Der große Ausschuß der Gewerkschaften nimmt am Freitag in einer Sitzung zu der Frage Stellung. Am Sonnabend sollen die Verhandlungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft stattfinden.

Am 15. Juni hat die Reichsregierung an die Gewerkschaftskommission ein Schreiben gerichtet, in welchem sie erklärt, daß sie sich die mit der Teuerung zusammenhängenden Fragen weiter angelegen sein lasse, und daß das Reichsministerium die Wünsche der Gewerkschaften weiter verfolgen werde. Der Reichstagsrat müsse sich jedoch auf Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen beschränken und könne sich in keinerlei Besprechungen mit Unterorganisationen einlassen. Im Reichsarbeitsministerium ist den Gewerkschaften ausgetauscht worden, daß zunächst die Ermittlung der Indizes für die kürzerer Frist als bisher erfolgen soll.

Rundgebung der Tiroler Regierung.

Die Tiroler Landesregierung erläßt folgende Rundgebung: Der gegenwärtige Marksturz hat wie vor einigen Monaten ein starkes Anschwellen des Reiseverkehrs in das benachbarte Bayern hervorgerufen. Es ist zu befürchten, daß wieder wie vor kurzem es zu jenen maßlosen Mißbräuchen im Ankauf deutscher Waren in München und anderen Städten kommen werde. Die Tiroler Landesregierung hat daher inländischen Reisenden nachdrücklich verboten, die deutsche Gastfreundschaft zu mißbrauchen und im übrigen verfügt, daß Inländern, die den österreichischen Behörden wegen Schmuggels von Waren über die deutsche Grenze angezeigt werden, die Reisepässe abgenommen werden und ihnen die Ausstellung neuer Pässe verweigert wird. („Deutsche Gastfreundschaft“ = Gewinnsucht, „mißbrauchen“ = geschäftstätig sein. Also erbliche Belastung in ideologischer Hinsicht bei den Tiroler Regierern, so gut sie auch meinen.)

Die Blockierung des Ruhrgebietes.

Der Zugverkehr ins Ruhrgebiet eingestellt.

Einzelne nur noch durch die Straßenbahn möglich. Der Eisenbahnverkehr nach dem Ruhrgebiet ist nur noch bis zur Grenze des besetzten Gebietes möglich. Wegen der Besetzung der Bahnhöfe von Dortmund, Hörde, Langendreer und Bochum ist ein Verkehr im Innern und in das Innere des Industriegebietes unmöglich geworden. Die Personenzüge, die den Anschluß an die D-Büge von Hamm aus vermitteln, verkehren nur noch bis zur letzten Station vor der Kontrollstelle Scharnhorst, auf anderen Linien bis Wilsede-Walden und bis Oberraden. Von Münster aus verkehren diezüge auch nur bis Singen.

Dagegen ist der Verkehr nach Köln über Unna-Schwerte-Lagen-Warmen-Eberfeld und Bohnwinkel weiter gesichert. Allerdings findet auf dieser Strecke in Bohnwinkel und in Denselbach eine Paßkontrolle durch Franzosen statt, während in Ohligas bei Eintritt in den Brückenkopf Köln Paßkontrolle durch Engländer ausgeführt wird. Die Einreise in das Innere des Industriegebietes ist nur insoweit durch Straßenbahnen, die aber von den Busstationen aus über die Kontrollstelle verkehren und außerdem noch von der Linie Köln-Hamm aus. So kann z. B. von Eberfeld aus über Werden oder Steele nach Essen gefahren werden, wo man den Anschluß nach Bochum-Gelsenkirchen-Waldheim erreicht.

Das neue Mittel der Franzosen: der Hunger.

Die durch die Unterbindung der letzten Verkehrs- linien im Ruhrgebiet von den Franzosen erstrebte Hungerblockade macht sich bereits bemerkbar. Auf deutscher Seite ist man mit größter Energie am Werke, die großen Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung zu überwinden. Auf französischer Seite scheint man zwar nicht die Einfuhr von Lebensmitteln direkt zu verhindern, indessen kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Franzosen mit der indirekten Hungerblockade zu dem letzten Mittel gegriffen haben, um den unabweisbaren Willen zum passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung würde zu machen.

Die Franzosen konfiszieren Liebesgaben.

Die französischen Besatzungsbehörden haben am Samstag auf dem Bahnhof Aachen große Mengen Lebensmittel beschlagnahmt, die für die notleidende Bevölkerung der Stadt von der Auslandshilfe geschickt worden waren.

Eine große Zunnelsprengung auf der Eisenbahn.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, ist bereits in der Nacht vom 14. bis 15. Juni der Tunnel der Eisenbahn Köln-Trier bei Rall gesprengt worden. Die Strecke ist damit völlig unterbrochen. Die Franzosen haben die härtesten Abwehrmaßnahmen getroffen, so daß die Kunde von dieser großen Sprengung bisher verborgen bleiben konnte.

...den und
die Wirt.
...durch die
...einer
...wird
...angegeben
...aus
...wurde
...des
...zum
...und
...ent-
...gegen den
...jetzt an
...und seines
...stehe auf
...rainern und
...Gefängnis
...ember 1921
...Er habe
...noch als
...etten in ein
...Anfangs-
...er, trotz
...ll. Mark ge-
...us: Als die
...r Geld zu-
...elaufen und
...ben, so daß
...en konnten.
...das einge-
...en sei ihnen
...me Geschäfte
...aftung habe
...s darauf die
...berferte sich
...eute Weiter-
...ft.
...r allgemein-
...Unberührt
...als ordent-
...Recht in
...hrer Habili-
...er Zeitlager
...otte Krause
...ma lautete:
...Seßmann.
...d. G. Aue.
...los
...unden
...pferd-
...fel-Selbe
...pfe
...er Auswahl
...Gauger
...entfabrik, Aue
...am Wittimloch
...rtwagen
...Zither
...berinnen
...genburger
...s 25. p. l.
...hulen,
...ohn Müppeln
...geben, ihre
...geben unter
...stundenslohn
...schmel, Dams-
...stern 14.